



697,7 Mio DM hat das Land durch den Nachtragshaushalt 1990 um 50 Mio DM gekürzt, um damit den Landesanteil für den Bau von Übergangsheimen zu finanzieren.

Die beabsichtigte Kürzung des allgemeinen Steuerverbundes ist finanzpolitisch nicht zu rechtfertigen. Die finanziellen Dauerschäden des massiven Eingriffs werden zwar in 1991 vordergründig durch die hohe Abrechnung aus dem 89er Finanzausgleich kaschiert. 1992 wirken sie aber fort und reduzieren das normale Verbundwachstum gegen Null!

Für die geplanten Kürzungen gibt es keine plausible Begründung. Im Gegenteil! Die günstige Steuerentwicklung des Jahres 1990 hat dazu geführt, daß die Neuverschuldung des Landes weit unter dem im Haushaltsplan veranschlagten Betrag von 5,3 Mrd DM bleiben wird. Nach der amtlichen Statistik betrug die Neuverschuldung in den ersten 8 Monaten lediglich 923 Mio DM. Es widerspricht jeglicher Lebenserfahrung, daß das Land im letzten Drittel des Jahres noch weitere Kredite in Höhe von 4,377 Mrd DM, das sind mehr als 80 % der für das ganze Jahr veranschlagten Summe, aufnehmen wird.

Vor diesem positiven Hintergrund ist die geplante einschneidende Belastung der Kommunen, der ja eine entsprechende Entlastung des Landeshaushalts gegenübersteht, nicht nur völlig unverständlich, sie steht auch im krassen Gegensatz zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau vom 15. August 1990, die gleichmäßige Finanzentwicklung aller Haushaltsebenen sei das Hauptziel der Finanzpolitik des Landes.

Nach eigenen Angaben des Finanzministers haben sich die Steuereinnahmen des Landes von 1981 bis 1991 um 58,6 % erhöht (1981: 35,1 Mrd DM, 1991: 55,7 Mrd DM), der Anteil der Gemeinden am allgemeinen Steuerverbund wurde in dieser Zeit jedoch nur um 23,7 % (1981: 9,7 Mrd DM, 1991: 12,1 Mrd DM) erhöht.

Angesichts dieser Entwicklung und im Hinblick auf die vergleichsweise positive Situation der Landesfinanzen appelliert der Rat der Stadt Hattingen an den Landtag, die vorgesehenen unerträglichen Kürzungen des Steuerverbundes zu verhindern und die Solidarität des Landes mit seinen Kommunen wiederherzustellen."

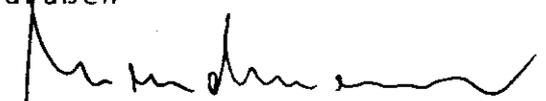
Die Resolution haben wir Frau Landtagspräsidentin Friebe übersandt mit der Bitte, sie allen Landtagsabgeordneten zukommen zu lassen. Wir bitten Sie höflichst, die Resolution bei den Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß mit zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Meinecke

Erste stellv. Bürgermeisterin



Schwardtmann

Erster Beigeordneter